Die Reden der Kölner Kundgebung
am 15. Februar 2025

	S.
Dr. Uwe Trieschmann *IPPNW; Kölner Friedensforum* **Die polizeilichen Auflagen – und einige Ergänzungen**	1
Prof. Dr. Abed Schokry *Ingenieur aus Gaza* **Die Situation im Gazastreifen**	3
Prof. Michael Barenboim *Musikprofessor; West-Eastern Divan Orchestra* **Der Genozid im Gazastreifen und in der Westbank und die Mitverantwortung Deutschlands**	7
Rudolf Rogg *Pax Christi; EAPPI* **Die Situation in der Westbank**	9
Prof. Dr. Ninon Colneric *Juraprofessorin; ehem. Richterin am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg* **Der Palästina-Konflikt vor dem Internationalen Gerichtshof und dem Internationalen Strafgerichtshof**	12
Dr. Bassel Makhouly *Partnerschaftsverein Bonn-Ramallah* **Zur Lage der Palästinenser:innen in Deutschland: Kriminalisierung des Engagements für Frieden und wachsende Islamfeindlichkeit**	15
Dr. Mithu Sanyal *Kulturwissenschaftlerin, Journalistin, Autorin* Wie geht die Bundesregierung mit dem Problem Israel/Palästina um?	17

Reihenfolge entsprechend dem Ablauf der Veranstaltung

Die polizeilichen Auflagen – und einige Ergänzungen

Dr. Uwe Trieschmann
im Namen der Veranstaltungsleitung

Willkommen bei der Demonstration „Für einen Gerechten Frieden in Israel und Palästina“!

Als Versammlungsleitung sind wir verpflichtet, zunächst die Auflagen zu verlesen, die uns von der Polizei auferlegt wurden. Was jetzt folgt, ist kein Text der Veranstalter dieser Kundgebung:

> *Es darf nicht zu Gewalt oder Hass im Allgemeinen oder gegen die israelische Bevölkerung oder jüdische Menschen, gleich wo diese leben, aufgerufen oder zu Willkürmaßnahmen aufgestachelt werden.*
>
> *Die Menschenwürde Anderer darf nicht verletzt werden, indem Personengruppen beschimpft oder durch Aussagen verächtlich gemacht werden.*
>
> *Das Existenzrecht des Staates Israel darf nicht geleugnet oder infrage gestellt werden, diesbezügliche Äußerungen sind zu unterlassen. Insbesondere darf nicht zur Vernichtung des israelischen Staates aufgefordert werden. Die Angriffe der Hamas auf Israel dürfen nicht geleugnet, befürwortet, für gerechtfertigt erklärt oder gar verherrlicht werden.*
>
> *Die Parole „Stoppt den Genozid“ fällt dabei nicht unter diese Aussagen und ist gemäß Gerichtsbeschluss mit der Meinungsfreiheit gedeckt (vgl. OVG NRW, 15 B 1322/23, Beschluss vom 01.12.2023).*
>
> *Dies gilt für alle Äußerungen in Wort- und Redebeiträgen, Schrift, Liedgut, künstlerischen Darstellungen sowie Handlungen und Verhaltensweisen jedweder Art, unabhängig davon, ob Sie auf Meinungsgegner treffen oder nicht. Hierunter fallen auch Handlungen, die den Eindruck erwecken, bei den aktuellen Angriffen der Hamas auf Israel handele es sich um ein „freudiges Ereignis“ oder eine Feierlichkeit. Der öffentliche Friede ist zu wahren.*
>
> *Die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ist zu wahren. Es dürfen keine Äußerungen in Wort- und Redebeiträgen, Schrift, Liedgut, künstlerischen Darstellungen, Handlungen oder sonstigen Verhaltensweisen jedweder Art getätigt werden, die eine aktive oder kämpferische Haltung zur Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung darstellen. Dies ist beispielsweise der Fall bei Ausrufung und Billigung einer alternativen Staatsform, welche der freiheitlich demokratischen Grundordnung zuwiderläuft, wie etwa ein „Kalifat“ oder andere diktatorische Systeme.*

Das ist das Ende der offiziellen Auflagen.

Wir stimmen den Inhalten der Auflagen zu und müssen gleichzeitig feststellen, dass hier eine Seite des Konfliktes weitgehend außer Acht gelassen wird. Deswegen haben wir einige Ergänzungen zu den offiziellen Auflagen verfasst, welche die Perspektive weiten sollen. Diese sind nicht rechtlich bindend, sie geben aber die Positionen und Forderungen der Veranstalter wieder. Sie spiegeln bewusst die offiziellen Auflagen in ihrer Formulierung.

Dies sind unsere Ergänzungen zu den offiziellen Auflagen:

Es darf nicht zu Gewalt oder Hass gegen die Bevölkerung von Palästina oder palästinensische, arabische oder muslimische Menschen, gleich wo diese leben, aufgerufen oder zu Willkürmaßnahmen aufgestachelt werden.

Das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat darf nicht geleugnet oder infrage gestellt werden, diesbezügliche Äußerungen sind zu unterlassen. Insbesondere darf nicht zur Vertreibung, Deportation oder Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung aus den besetzten palästinensischen Gebieten oder zur Annexion dieser Gebiete aufgerufen werden.

Die Angriffe der israelischen Armee auf die palästinensische Zivilbevölkerung und Infrastruktur dürfen nicht geleugnet, befürwortet, für gerechtfertigt erklärt oder gar verherrlicht werden.

Ende der Ergänzungen.

Wir hoffen natürlich, dass nur Menschen an unserer Demonstration teilnehmen, denen man all das bisher gesagte sowieso gar nicht erst sagen muss, aber wir wollten durch die Ergänzungen die Einseitigkeit der Auflagen wieder etwas auszugleichen versuchen.

Und nun wünsche ich uns allen eine gleichzeitig friedliche wie kraftvolle und auf das Miteinander ausgerichtete Demonstration.

Bevor ich an die Moderatoren übergebe, möchte ich noch darauf hinweisen, dass Spenden gesammelt werden – und ich bitte alle, reichlich zu spenden.

Der Erlös dient

- zum einen der Finanzierung dieser Kundgebung und weiterer Aktivitäten, die sicherlich nötig sein werden, man muss sich nur die Äußerungen von Trump und Netanjahu anhören;
- zum andern auch der humanitären Hilfe, die in Gaza dringend benötigt wird.

Die Situation im Gazastreifen

Prof. Dr. Abed Schokry

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

seit zwei Monaten habe ich keine neuen Mails gesendet. Ich kam leider aus zeitlichen Gründen nicht dazu. Umso mehr freue ich mich, dass ich heute direkt zu Ihnen und Euch sprechen kann.

Zu folgenden Punkten möchte ich etwas sagen:

- *Über uns in Deutschland*
- *Waffenruhe seit dem 19. Januar 2025*
- *Rückkehr in den Norden des Gazastreifens*
- *Gefangenen- und Geiselaustausch*
- *Rivera des Nahen Ostens*
- *Was braucht Gaza heute?*
- *Sonderarabischer Gipfel am 04. März 2025*
- *Zukunft des Gazastreifens und des palästinensischen Staates.*

- *Über uns in Deutschland*

Wir versuchen uns an das neue Leben hier in Deutschland zu gewöhnen. Wir stellen auch fest, dass Deutschland 2025 NICHT gleich Deutschland 2007 ist. Unsere Kinder gehen zur Schule und lernen Deutsch (und andere Fächer auch) und es gefällt ihnen so weit gut hier. Unsere älteste Tochter ist aber immer noch in Kairo und sie muss fleißig Deutsch lernen, damit sie hoffentlich im Herbst ein Visum für die Einreise nach Deutschland bekommt.

- *Waffenruhe seit dem 19. Januar 2025*

Seit dem 19. Januar 2025 ist eine Waffenruhe in Kraft getreten. Ägypten, Katar und die USA haben es geschafft und eine Waffenruhe zustande gebracht. Es freut mich persönlich (und uns, als PalästinenserInnen), dass die Waffen zum Schweigen gezwungen wurden, dass das Morden aufgehört hat und dass die Menschen ein wenig ein- und ausatmen können. Denn fast 470 Tage hat es gedauert, bis nun diese Waffenruhe in Kraft getreten ist. Die Situation in Gaza ist unbeschreiblich. Trotz der Waffenruhe ist der Krieg noch nicht vorbei. Die Menschen befinden sich in einem Schockzustand, der sie betäubt, sodass sie nicht so richtig wahrnehmen können, was passiert ist. Das direkte Morden ist nun zu Ende, aber es sterben täglich viele Menschen infolge ihrer Verletzungen und infolge der sehr schlechten medizinischen Versorgungslage. Die Bewohner Gazas wurden ihrem Schicksal überlassen und von allen allein gelassen. Als ein Familienvater, der mit seiner Frau und fünf Kindern 200 Tage des Krieges am eignen Leib erlebt hat, kenne ich diese Gefühle der Hilflosigkeit, Schutzlosigkeit und des Ausgeliefertseins.

- *Rückkehr in den Norden des Gazastreifens*

Die Bilder der am 27. Januar 2025 in ihre Häuser im Norden des Gazastreifens zurückkehrenden Vertriebenen beweisen erneut das Scheitern der Besatzung, ihre aggressiven Ziele der Vertreibung des Palästinensischen Volkes und der Zerstörung seines Widerstandswillens zu erreichen.

Die Bilder der Massenrückkehr unseres Volkes in seine Gebiete, trotz der Zerstörung ihrer Häuser, unterstreichen die Größe des Palästinensischen Volkes und seine tiefe Verwurzelung in seinem Land, trotz des tiefen Schmerzes und der Tragödie. Menschen im Gazastreifen trauern um ihre Liebsten, aber auch um ihre Häuser. Der Verlust eines Zuhauses ist mehr als der Verlust von vier Wänden. Hier sind viele Erinnerungen und schöne Momente.

Ein Freund von mir im Gazastreifen, der auch sein Zuhause verloren hat, sagte mir: "Ein Zuhause ist wie ein eigenes Kind. Man baut es über Jahre hinweg auf, pflegt es und wünscht sich, dass es immer schön und einladend aussieht."

- *Geiseln- und Gefangenenaustausch*

Seit Beginn der Waffenruhe findet ein Geisel- und Gefangenenaustausch statt. Im Zuge dessen wurden viele Palästinensische Häftlinge, die seit Jahrzehnten in israelischen Gefängnissen saßen, freigelassen. Mehrere Hunderte konnten ihre Familien nach Jahrzehnten der Haft wiedersehen bzw. zum ersten Mal sehen. Die Mehrheit der palästinensischen Gefangenen sah sehr schwach und sehr schlecht aus.

- *Rivera des Nahen Ostens*

Der amerikanische Präsident Trump will uns nach Ägypten und Jordanien umsiedeln (vertreiben) und der israelische Ministerpräsident will uns nach Saudiaarabien umsiedeln lassen (vertreiben). Man kann sich eine Wohnung bzw. ein Haus kaufen, aber man kann keine Heimat kaufen. Heimat ist keine Ware, die man kaufen bzw. verkaufen kann.
Es ist unglaublich, wie sich diese Herren für uns entscheiden, ohne uns zu fragen. Sie handeln so, als würde der Gazastreifen ihnen gehören. Was wird ein Volk sagen/tun, wenn so *über* es entschieden wird und nicht *mit* ihm. Wo ist unser Recht auf Selbstbestimmung? Wo leben wir eigentlich? Was soll das alles? Wie kam es dazu, dass diese Herren auf diese Gedanken kamen? Wo sind wir? Was ist mit dieser Welt los?

- *Was braucht Gaza heute?*

Wenn die Menschen in Gaza jetzt etwas sehr dringend brauchen, dann ist es ein intensiver internationaler Einsatz in verschiedenen Bereichen; und diese sind:

1. **Übergangsunterkünfte:**

   Bereitstellung von sicheren Unterkünften für Familien, die ihre Häuser verloren haben, Abdeckung der Grundbedürfnisse des täglichen Lebens und Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung.

2. **Gesundheit:**

   Unterstützung des teilweise total zerstörten und erschöpften Gesundheitssystems in Gaza mit dringend benötigten medizinischen Hilfsgütern, durch umfassende Gesundheitsversorgung und durch internationale medizinische Teams, die zur Behandlung und Pflege beitragen, und die Bereitstellung von medizinischen Geräten.

3. **Nahrung:**

   Sicherstellung einer großen Menge an Nahrungsmitteln für Familien, die mit einem starken Mangel an Nahrungsmitteln konfrontiert sind.

4. **Medizinische Versorgung und psychologische Unterstützung** (online),
   Ärztinnen und Ärzte und medizinisches Personal in Deutschland und Europa sind in diesem Bereich eine besondere Herausforderung.

   So sollten sie sich für die Organisation von medizinischen Hilfsaktionen für Gaza einsetzen. Dies kann durch Reisen mit entsprechenden Teams vor Ort erfolgen oder durch die Entsendung von Medikamenten und medizinischen Geräten, die zur Wiederherstellung der Arbeit der im Krieg zerstörten Krankenhäuser benötigt werden, oder durch die Ausbildung von Ärzten in Gaza. Es besteht kein Zweifel, dass der Krieg auch enorme psychologische Auswirkungen auf die Psyche der Menschen in Gaza hatte. Sie brauchen psychologische Betreuung und Therapeuten und Helfer, die sie bei der Traumabewältigung begleiten können. Gerade für Kinder, die seit langer Zeit unter enormem psychischen Stress gestanden haben, bedarf es nun einer empathischen und nachhaltigen psychotherapeutischen Begleitung. Dabei geht es vor allem auch darum, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. So sollte versucht werden, vor Ort zu helfen und zu unterstützen, damit neue Formen dauerhafter und nachhaltiger Hilfe für die Menschen dort möglich sind.

- *Arabischer Sondergipfel am 04. März 2025*

Am 04. März 2025 soll ein Sondergipfel der arabischen Staaten in Ägypten zum Thema „Gaza, Wiederaufbau und Zukunft“ stattfinden. Es soll ein Plan ins Leben gerufen werden, damit wir nicht vertrieben werden und unser Land verlassen müssen. Der Wiederaufbau muss parallel zur Anwesenheit der Menschen erfolgen.

- *Zukunft des Gazastreifens und des palästinensischen Staates*

Dieser Krieg hat nicht nur die Infrastruktur zerstört, sondern auch die Hoffnung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden. Frieden bedeutet: Es braucht Gerechtigkeit, Einhaltung der Menschenrechte und die Beendigung der Besatzung.

Die Weltgemeinschaft muss dem Aushungern der Palästinenser ein Ende setzen, so dass der Wiederaufbau in Gaza beginnen kann. Wir trauern um jedes einzelne kostbare Leben.

Israel müsste die Blockade nicht nur lockern, sondern endgültig aufheben, damit Hilfsgüter, Nahrung und medizinische Versorgung ungehindert Gaza erreichen. Der Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur ist notwendig. Ein dauerhafter Waffenstillstand erfordert Verhandlungen

über eine Lösung und die Beendigung der Besatzung. (Zwei-Staaten-Lösung, ein Staat-Lösung oder bi-nationaler Staat).

Es liegt an uns allen, dafür zu sorgen, dass die Einigung auf einen Waffenstillstand in Gaza nur ein Anfang für einen dauerhaften Frieden ist. In den letzten 470 Tagen haben sich jeden Tag Millionen von Menschen auf der ganzen Welt zusammengefunden, um ein Ende des Krieges und die Freiheit der Palästinenser zu fordern. Gemeinsam müssen wir sicherstellen, dass dieses Abkommen ein Schritt auf dem Weg zur palästinensischen Befreiung wird - der einzige Weg zu einem gerechten Frieden für alle. Der letzte Tag der Besatzung wird der erste Tag des Friedens sein.

Lasst uns gemeinsam für eine Welt eintreten, in der jedes Leben zählt – in Gaza, Israel und überall. Solidarität kennt keine Grenzen!

Gemeinsam müssen wir uns weiterhin für den Frieden einsetzen. Frieden ist mehr als die Abwesenheit der Gewalt, Frieden ist das Recht auf Leben, auf Ernährung und Wohnung, auf Wasser, Strom, Bildung, und Gesundheit und das muss weltweit für alle Menschen verwirklicht werden. Solidarität für einen dauerhaften und umfassenden Frieden, für die Beendigung der Besatzung und einen gerechten Frieden ist notwendiger denn je. Es ist die höchste Zeit, mehr Frieden zu wagen.

In der Hoffnung, dass morgen ein besserer Tag für alle Menschen im Nahen Osten und sonst wo sein wird, verbleibe ich für heute

mit freundlichen Grüßen

Abed Schokry

Der Genozid im Gazastreifen und in der Westbank und die Mitverantwortung Deutschlands

Prof. Michael Barenboim

Liebe Freunde,

Deutschland unterstützt die Auslöschung und Zerstörung des Palästinensischen Volkes. Nichts anderes tut es, wenn es Waffen nach Israel liefert, im Wissen, wie diese benutzt werden.

Israel hat Gaza in ein unbewohnbares Inferno verwandelt, den Gesundheitssektor, den Agrikultursektor, den Bildungssektor, und vieles mehr in Grund und Boden bombardiert, fast die gesamte Bevölkerung von ihren Häusern vertrieben und diese Häuser mehrheitlich auch zerstört. Es hat abertausende Menschen, größtenteils Frauen und Kinder, umgebracht und den Überlebenden die Lebensgrundlage genommen. Kurz gesagt: Es ist ein Genozid an den Palästinensern in Gaza.

Wir erleben auch die „Gazafication" von Teilen der West Bank. Angriffe auf Krankenhäuser, flächendeckende Zerstörung von Wohnhäusern, das Töten von Kindern. Ein wie auch immer gearteter Waffenstillstand in Gaza bedeutet nicht, dass Palästinenser nicht weiterhin systematisch entrechtet, vertrieben und getötet werden. Die Bilder aus Jenin ähneln nicht umsonst den Bildern aus Jabalia, einem Flüchtlingslager im Gazastreifen.

Wie lange wollen wir eigentlich noch wegschauen hier in Deutschland? Wie erlauben wir es, dass diese Politik der Mittäterschaft nicht nur fortgesetzt, sondern von den meisten Politikern hierzulande mit einer Inbrunst verteidigt wird, die einem Angst machen kann? Schließlich ist der Preis dieser Politik hierzulande eine beispiellose Repression von Palästinensern und ihren Unterstützern, die in einem kaum verborgenen autoritären Gestus immer weiter vorangetrieben wird.

Denn machen wir uns nichts vor: Dies hat nichts mit historischer Verantwortung zu tun. Diese ist verankert in der Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord, die uns verpflichtet, Verbrechen wie in Palästina soweit es geht zu verhindern. Nochmal: dies ist eine Verpflichtung.

Dazu gehört, jede Form der Unterstützung zu unterlassen, die die gewaltsame, illegale Besatzung fördert, wie gefordert vom IGH in dem Gutachten vom 19. Juli 2024. Das betrifft nicht nur Waffen, es betrifft Kooperationen mit Institutionen, die zur Aufrechterhaltung jener illegalen Besatzung beitragen. Diese Kooperationen müssen unverzüglich beendet werden.

Vom Römischen Philosophen Seneca ist folgender Satz überliefert: „Frieden ohne Gerechtigkeit ist Sklaverei". Wir müssen uns ehrlich machen und uns für Gerechtigkeit für das gesamte Palästinensische Volk einsetzen. Das heißt: Palästinenser in Gaza, Palästinenser in der West Bank, Palästinenser in Ost-Jerusalem, Palästinenser im jetzigen Staatsgebiet Israels, und nicht

zuletzt die ca. 6 Millionen Geflüchteten Palästinenser, die auf die Verwirklichung ihres Rückkehrrechts warten; ihnen allen werden ihre Menschenrechte jeden Tag aufs Neue genommen.

Während täglich Palästinenser getötet werden, redet der US-amerikanische Präsident Trump in Anwesenheit des israelischen Premiers Netanyahu darüber, die Palästinenser aus Gaza zu vertreiben und dort die Kontrolle zu übernehmen. Die beiden Herren reihen sich ein in eine über 100 Jahre alte Tradition, in der über dieses Land verfügt wird, ohne dass die lokale Bevölkerung mitredet oder mitentscheidet. Das Recht auf Selbstbestimmung des Palästinensischen Volkes steht dem entschieden entgegen.

Schließen werde ich mit einem Zitat des palästinensischen Literaturwissenschaftlers Edward Said. Er ist und bleibt eine der größten Quellen der Inspiration. Zu Recht schreibt er schon im Jahre 1979: „Die Frage Palästinas ist eine Frage von Gerechtigkeit und Menschenrechten, nicht lediglich eine Frage von territorialen Grenzen.“

Die Situation in der Westbank

Rudolf Rogg

Die jüngsten Gewaltereignisse in Jenin, Tulkarem und Tubas sind verstörend; nach UN-Angaben wurden in den letzten Tagen 40.000 Menschen vertrieben, ihre Häuser und die Infrastruktur zerstört.

Ich möchte mich mit meinem Beitrag aber auf die ländlichen Räume der Westbank konzentrieren.

Ein Großteil der Berichterstattung in Deutschland handelt von „Gewalt militanter Palästinenser einerseits und radikalen Siedlern bzw. Sicherheitskräften andererseits". Beklagt wird vor allem von der Politik in Deutschland die zunehmende „Siedlergewalt".

Meine Erfahrungen in den South Hebron Hills ganz im Süden des Westjordanlands mit dem Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel EAPPI 2023 sowie in den South Hebron Hills, im Bezirk Nablus und im nördlichen Jordantal mit dem Zentrum für jüdische Gewaltfreiheit CJNV 2024 ist eine andere. Beides sind Begleitprogramme, die durch schützende Präsenz, Solidarität mit der Bevölkerung unter Besatzung, Kooperation mit der lokalen palästinensischen und israelischen Zivilgesellschaft und Advocacy eine Vision vom Ende der Besatzung und von einem gerechten Frieden für alle Menschen in Palästina und Israel verfolgen.

Die palästinensische ländliche Bevölkerung, Bauern und Viehhalter, die wir getroffen haben, handeln bzw. verhalten sich durchgängig und entschieden gewaltfrei. Und: mitnichten sind es isolierte Aktionen radikaler Siedler, denen die Bevölkerung in den ländlichen Räumen ausgesetzt sind. Tägliche Bedrohung und Gewalt haben allein seit Oktober 2023 zur vollständigen Vertreibung von 20 ländlichen Dorfgemeinschaften im Westjordanland geführt, an vielen weiteren Orten haben einzelne Familien die Flucht ergriffen. Derzeit laufen massive Hofzerstörungen in den Dörfern von Masafer Yatta. Diesen ländlichen Gemeinden fehlt jeglicher Schutz. Die Angriffe der Siedler werden nicht nur zugelassen, israelische Soldaten sind anwesend, sie greifen nicht ein, oder schlimmer, unterstützen die Siedler. Die Lage hat sich so weit zugespitzt, dass Weidewirtschaft in großen Teilen des Westjordanlands nahezu unmöglich geworden ist, die Olivenernte 2024 konnte nur mit massiver Unterstützung und Hilfe internationaler und israelischer Aktivisten wenigstens zum Teil durchgeführt werden. Die Bewegungsfreiheit ist für die Menschen im Westjordanland vielerorts stark eingeschränkt und kann jederzeit durch Checkpoints und Straßenblockaden zum Erliegen gebracht werden; darunter leidet auch die Wirtschaft. Agrarsiedler übernehmen die landwirtschaftlichen Räume für die eigene Nutzung, und dies nicht nur auf sogenanntem Staatsland, sondern auch auf Ländereinen palästinensischer Bauern und Bäuerinnen.

Vor Ort ging es uns vor allem darum, den Menschen beizustehen, die unter diesen Bedingungen leben und leiden. Sie haben uns immer wieder aufgetragen, von ihnen zu berichten. Da ist z.B. Ahmad. Seine Familie, die seit Generationen im kleinen Dorf Shib al Butum in den South Hebron Hills lebt, hatte in den 90er Jahren etwa 200 Schafe und Ziegen und beweidete die

Hügel von Masafer Yatta. Er erzählte uns, dass im Jahr 2000 Siedler sein Haus besetzten und ihn und seine Familie vertrieben. Nach einem Jahr bekam er vom Obersten Gerichtshof Israels recht und konnte zurückkehren, erlebte aber periodisch Angriffe von Siedlern. Unter anderem wurde er drei Mal angeschossen. Als wir ihn 2023 begleiteten, erfolgten nahezu täglich Angriffe der Siedler, wurden seine Getreidefelder zerstört, indem Siedler ihre Herden in die Felder trieben. Er hatte nur noch 20 Schafe, für mehr reichte der begrenzte Weideraum durch Siedlungsausbau und Siedlergewalt nicht mehr. Nach dem 7.10.23 wurde ihm das Leben zur Hölle gemacht: 8-mal wurde er festgenommen, diese Woche kam er nach 10-tägiger Haft wieder frei. Aktivisten des Center for Jewish Non-Violence haben in der Zwischenzeit die Schafe gehütet. Ein Teil seiner 20 verbleibenden Schafe wurde getötet. Im Juli 2024 wurde sein Haus durch Siedler zerstört, ebenso die eingerichtete Notunterkunft. Seine 130 zum Teil über 40 Jahre alten Olivenbäume wurden abgeholzt, eine Bewirtschaftung seiner Gersten- und Weizenfelder wurde ihm unmöglich gemacht. Die Existenz seiner Familie ist auf ihrem Land, trotz verbrieftem Landtitel, verloren.

In der Nähe von Nablus im Norden des Westjordanlands liegt das Dorf Burin, es ist nahezu vollständig von national-religiösen Siedlungen umgeben, die auf den Hügeln oberhalb des Dorfes stetig wachsen und immer näher an Burin heranrücken. Am Ortszugang gibt es eine Kaserne der israelischen Armee. Das Dorf verfügt über 2800 ha Olivenhaine. Im Vorfeld der Olivenernte 2024 wurde in den Olivenhainen Feuer gelegt, 2000 Olivenbäume verbrannten. Während der Ernte, an der ich teilgenommen habe, kam es zu regelmäßigen Überfällen von Siedlern mit Armeeunterstützung: Die erntenden Bauern wurden vertrieben, landwirtschaftliches Gerät zerstört, die geernteten Oliven wurden ihnen entwendet. Jeden Abend besetzte die Armee das Dorfzentrum. Die Ernte konnte nur dank massivem Einsatz von israelischen und internationalen Gruppen, wie etwa den Rabbinern für Menschenrechte oder dem Zentrum für jüdische Gewaltfreiheit, teilweise sichergestellt werden, sodass das Dorf, das vom Olivenanbau lebt, ein weiteres Jahr überleben kann.

Im Oktober 2024 kam es in 51 Ortschaften zu 114 registrierten gewaltsamen Übergriffen, in 50% der Fälle in Mitwirkung der israelischen Besatzungsorgane.

Im Nachgang der Ernte hörten wir, dass es zu gewaltsamen Aktionen der Armee gegen Funktionsträger der örtlichen Landwirtschaftskooperative und die Gastgeber der internationalen und israelischen Unterstützer gekommen ist. Auch der Fall Burin ist nur exemplarisch, in den benachbarten Dörfern, die ich besuchte, waren die Erfahrungen der Menschen nicht besser.

Die von Teilen der israelischen Regierung angestrebte offizielle Annexion mindestens von Teilen des Westjordanlands ist de facto bereits voll im Gange. Die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen sind in den ländlichen Räumen bereits für viele Menschen weitgehend verloren und ein aktives Dorfleben wird unmöglich gemacht.

Allein 2024 sind 53 neue „Outposts“ entstanden, davon sieben in den B-Gebieten, die unter palästinensischer Verwaltung stehen. Von den 372 Siedlungen und Outposts haben 113 landwirtschaftlichen Charakter – sie stehen für die massive Ausdehnung der Siedlungslandwirtschaft auf Kosten der palästinensischen Bauern und Viehhalter.

Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, und dazu reicht es nicht, gebetsmühlenhaft für eine Zwei-Staaten-Lösung zu plädieren, aber letztlich nicht aktiv für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden einzutreten, dann ist die Lebensgrundlage für die Menschen in den ländlichen Räumen verloren.

Hoffnung macht, dass sich internationale und israelische Unterstützungsgruppen aufstellen, um der Bevölkerung solidarisch beizustehen - uns obliegt hier die Aufgabe, die Realitäten publik zu machen und unsere politischen Entscheidungsträger in die Pflicht zu nehmen, damit sie sich endlich einsetzen für einen gerechten Frieden.

Der Palästina-Konflikt vor dem Internationalen Gerichtshof und dem Internationalen Strafgerichtshof

Prof. Dr. Ninon Colneric

Es gibt in Den Haag zwei internationale Gerichtshöfe, die regelmäßig durcheinandergeworfen werden, wenn über ihre Arbeit in Bezug auf Israel und Palästina berichtet wird: den **Internationalen Gerichtshof** und den **Internationalen Strafgerichtshof**.

Der **Internationale Gerichtshof** ist das Gericht der UNO. Er kann Streitigkeiten entscheiden, die die Mitgliedstaaten der UNO ihm unterbreiten. Er kann auch Rechtsgutachten erstellen, wenn die UNO-Generalversammlung oder der Sicherheitsrat dies beantragen.

2004 erstattete der Internationale Gerichtshof auf Antrag der UNO-Generalversammlung ein Gutachten zu der Sperranlage, die Israel größtenteils auf dem Gebiet des Westjordanlandes errichtete. In diesem sog. Mauergutachten kam der Gerichtshof zu dem Ergebnis, dass der Mauerbau völkerrechtswidrig war. Israel müsse die Mauer abreißen und Schadensersatz zahlen. Israel hatte sich mit dem Argument verteidigt, dass es ein Selbstverteidigungsrecht habe. Der Internationale Gerichtshof sah dafür keine rechtliche Grundlage.

Im Juli des letzten Jahres erstellte der Internationale Gerichtshof auf Antrag der UNO-Generalversammlung ein weiteres Gutachten. Diesmal ging es um die rechtlichen Konsequenzen, die sich aus den Politiken und dem Verhalten Israels im besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalem ergeben. Der Internationale Gerichtshof stufte zahlreiche Verhaltensweisen Israels als völkerrechtswidrig ein. Er kam zu folgenden Ergebnissen:

- Die fortgesetzte Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet ist rechtswidrig.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, seine rechtswidrige Anwesenheit im besetzten palästinensischen Gebiet so schnell wie möglich zu beenden.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen und alle Siedler aus dem besetzten palästinensischen Gebiet zu evakuieren.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen im besetzten palästinensischen Gebiet entstanden ist.
- Alle Staaten sind verpflichtet, die Situation, die sich aus der rechtswidrigen Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet ergibt, nicht als rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Situation zu leisten, die durch die fortgesetzte Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet entstanden ist.

Der Gerichtshof erläuterte, dass die UNO-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, in ihren Beziehungen zu Israel zwischen dem Gebiet des Staates Israel und dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet zu *unterscheiden*. Dies umfasse u.a. die Verpflichtung, darauf zu verzichten, mit Israel Wirtschafts- oder Handelsbeziehungen in Bezug auf das besetzte palästinensische Ge-

biet oder Teile davon einzugehen, die seine rechtswidrige Präsenz in diesem Gebiet festigen könnten.

Die UNO-Generalversammlung begrüßte das Gutachten und forderte in ihrer Resolution vom 13.9.2024 insbesondere, dass Israel seine unrechtmäßige Anwesenheit in den besetzten Gebieten binnen 12 Monaten beendet. Im Dezember letzten Jahres beschloss die UNO-Generalversammlung, dass im Juni 2025 in New York eine hochrangige Internationale Konferenz zur friedlichen Lösung der Palästina-Frage und zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung stattfinden soll.

Inzwischen hat die UNO-Generalversammlung ein weiteres Gutachten des Internationalen Gerichtshofs angefordert. Nun soll es um die Verpflichtungen Israels als Besatzungsmacht und Mitglied der Vereinten Nationen gehen. Auslöser hierfür war, dass Israel Ende Oktober 2024 per Gesetz Aktivitäten der Hilfsorganisation der UNO für palästinensische Flüchtlinge UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) im Staat Israel mit einer Übergangsfrist von drei Monaten verboten hatte.

Zurzeit sind zwei Klageverfahren mit Bezug zu Palästina beim Internationalen Gerichtshof anhängig: Südafrika gegen Israel und Nicaragua gegen Deutschland.

Im Verfahren Südafrika gegen Israel geht es um den Vorwurf des Genozids. Die Klage ist deshalb auf diesen Punkt beschränkt, weil Israel die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs nicht umfassend anerkannt hat, aber in Bezug auf die Völkermordkonvention. Südafrika hat in diesem Verfahren viermal vorsorgliche Maßnahmen beantragt. Im Verfahren über den ersten Antrag erklärte der Internationale Gerichtshof, dass die Palästinenser ein „plausibles Recht" haben, vor Völkermord geschützt zu werden. Der Gerichtshof untersagte zwar nicht alle Kampfhandlungen. Er machte jedoch hohe Auflagen. Als Reaktion auf den zweiten Antrag betonte der Internationale Gerichtshof, dass die Auflagen aus der ersten Anordnung erfüllt werden müssen. Der dritte Antrag wurde wegen der sich ausbreitenden Hungersnot gestellt. Der Gerichtshof ordnete zusätzliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Grundversorgung und humanitärer Hilfe an. Beim vierten Antrag ging es um Rafah. Der Internationale Gerichtshof erlegte Israel insbesondere auf, „seine Militäroffensive und jede andere Aktion im Gouvernement Rafah sofort einzustellen, die der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen Lebensbedingungen auferlegen könnte, die ihre physische Zerstörung ganz oder teilweise herbeiführen könnten". Im Herbst des letzten Jahres reichte Südafrika die eigentliche Klagebegründung ein. Sie umfasst fast 5000 Seiten. Israel hat bis Juli 2025 Zeit, sie zu beantworten. (ZEIT online, 28.10.2025)

In dem zweiten Klageverfahren wirft Nicaragua Deutschland vor, gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, den Genfer Konventionen von 1949 und ihren Zusatzprotokollen, zwingenden Grundsätze des humanitären Völkerrechts und anderen Normen des allgemeinen Völkerrechts in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete, insbesondere den Gazastreifen, verstoßen zu haben. Auch in diesem Verfahren wurden vorsorgliche Maßnahmen beantragt. Der Internationale Gerichtshof hielt vorsorgliche Maßnahmen jedoch nicht für erforderlich. Das Klageverfahren gegen Deutschland ist weiter anhängig.

So viel zum Internationalen Gerichtshof. **Der Internationale Strafgerichtshof** ist kein Organ der UNO. Er wurde durch das sog. Römische Statut errichtet. Diesen völkerrechtlichen Vertrag

haben inzwischen 124 Staaten ratifiziert. Weder Israel noch die USA gehören dazu, aber die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Palästina wurde ebenfalls Vertragsstaat des Römischen Statuts. Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs ist auf schwerste Verbrechen beschränkt, die im Römischen Statut aufgelistet werden. Vor dem Internationalen Strafgerichtshof kann eine Person nicht nur angeklagt werden, wenn sie die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates hat, sondern auch, wenn die Tat auf dem Territorium eines Vertragsstaates begangen wurde. Es gibt bei diesem Gerichtshof einen Ankläger, der einer Anklagebehörde vorsteht. Die Vertragsstaaten können dem Ankläger sog. Situationen zur Untersuchung unterbreiten. Der Ankläger kann jedoch auch tätig werden, wenn er Informationen auf anderem Wege erhält. Palästina unterbreitete dem Ankläger 2018 die Situation im Staat Palästina seit dem 13. Juni 2014.

Auf Antrag des Anklägers Karim Khan erließ der Internationale Strafgerichtshof im November des letzten Jahres Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu, den früheren israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant und vorsorglich auch gegen den vermutlich schon getöteten Kommandeur des militärischen Zweigs der Hamas, Deif. Bei Netanyahu und Gallant sah die Vorverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs hinreichende Gründe für die Annahme, dass sie mindestens ab dem 8. Oktober 2023 als Mittäter gemeinsam mit anderen die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen des Aushungerns als Methode der Kriegsführung und die folgenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen: Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen. Die Kammer sah auch hinreichende Gründe für die Annahme, dass Netanyahu und Gallant als zivile Vorgesetzte jeweils die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Lenkung eines Angriffs auf die Zivilbevölkerung tragen.

Israel legte Rechtsmittel ein, über die noch nicht entschieden ist. Es wurde auch beantragt, die Haftbefehle auszusetzen. Dies ist bisher nicht geschehen.

Die persönliche Immunität, die hochrangige Regierungsvertreter grundsätzlich genießen, hindert ihre Strafverfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof nicht. Die Vertragsstaaten des Römischen Statuts müssen sofort Maßnahmen zur Festnahme von Netanyahu und Gallant ergreifen, wenn der Internationale Strafgerichtshof sie auf der Basis der Haftbefehle darum ersucht.

Die Hind Rajab-Stiftung leitete dem Ankläger belastendes Material zu weiteren israelischen Regierungsvertretern, hochrangigen Militärs und über 1000 Soldaten zu, die im Internet einen Einblick in ihre Aktivitäten in Gaza gegeben hatten.

Sollten Mitglieder der israelischen Regierung und Angehörige der israelischen Streitkräfte tatsächlich aufgrund von Haftbefehlen des Internationalen Strafgerichtshofs verhaftet werden, ist damit zu rechnen, dass die USA mit allen Mitteln versuchen wird, sie zu befreien. Entsprechende Vollmachten sind dem Präsidenten der USA schon 2002 durch den sog. The Hague Invasion Act erteilt worden. Trump hat bereits Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof und seine Mitarbeiter angekündigt.

Wollen wir hoffen, dass die Stärke des Rechts letztlich doch das Recht des Stärkeren überwinden wird.

Zur Lage der Palästinenser:innen in Deutschland: Kriminalisierung des Engagements für Frieden und wachsende Islamfeindlichkeit

Dr. Bassel Makhouly

Mein Name ist Bassel Makhouly, ich bin Vorstandsmitglied des Partnerschaftsvereins Bonn-Ramallah. Ein Deutsch-Palästinenser, geboren und aufgewachsen im Norden Israels – ich habe auch die israelische Staatsbürgerschaft.

Seit Oktober 2023 hat sich für mich als Palästinenser und für meine Familie in Deutschland viel verändert. Die aktuelle Situation in Deutschland erinnert mich an meine Jugend in Israel vor mehr als 30 Jahren, als ich Angst hatte, mich als Palästinenser zu äußern! Man nennt uns „arabische Israelis".

Wenn es um Israel geht, gelten in Deutschland andere Maßstäbe und unsere Bundesregierung handelt anders, sowohl außen- als auch innenpolitisch.

In Deutschland werden Demonstrationen eingeschränkt oder gar verboten. Teilweise müssen palästinensische Gemeinden und pro-palästinensische Gruppen vor Gericht ziehen, um überhaupt eine Genehmigung zu erhalten. Demonstrantinnen und Demonstranten werden eingeschüchtert und strafrechtlich verfolgt – manchmal nur, weil sie ein Schild mit der Aufschrift „Völkermord" hochgehalten haben.

Die Bundesregierung leistet Beihilfe zum Völkermord in Gaza, indem die Ampelkoalition Waffen an Israel liefert – trotz früherer Versprechen, Rüstungsexporte in Kriegsgebiete zu verhindern.

Unsere Grüne Außenministerin Baerbock blockierte eine gemeinsame EU-Forderung nach einem sofortigen humanitären Waffenstillstand im Gazastreifen. Deutschland enthält sich bei UN-Resolutionen – eine Schande!

Vor dem Internationalen Gerichtshof stellt sich Deutschland an die Seite des international isolierten Israel – und riskiert damit seine eigene Isolation. Selbst der populistische CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz, selbst Jurist, stellt sich gegen die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu.

Außerdem verweigerte Deutschland die Einreise von 32 schwer verletzten Kindern aus Gaza, obwohl alle Behandlungskosten durch Organisationen gedeckt waren. Innenministerin Faeser (SPD) lehnte die Einreise der Begleitpersonen mit der Begründung ab, dass sie möglicherweise Asylbewerber oder Terroristen seien. Das ist hoch rassistisch! Baerbock und Faeser, selbst Mütter, boten stattdessen an, nur Kinder unter 12 Jahren *ohne Begleitung* einreisen zu lassen – das ist nicht nur rassistisch, sondern auch menschlich und rechtlich verwerflich.

Das ist Doppelmoral und Heuchelei pur.

Und was ist die Konsequenz für uns?

Die Bundesregierung, Medien, große Parteien stellen nicht nur uns Palästinenser, sondern auch diejenigen, die für Gerechtigkeit und Frieden kämpfen, zunehmend als staatsfeindliche

Elemente dar. Wir werden als eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder als Antisemiten gebrandmarkt. Diese Stigmatisierung drängt uns immer weiter an den Rand der Gesellschaft. Angriffe auf Muslime und muslimische Einrichtungen sind an der Tagesordnung.

Die deutsche Politik bedient sich der Strategie der rechtsradikalen Regierung Israels: die palästinensische Bevölkerung zu entmenschlichen und zu dämonisieren. Die israelische Regierung rechtfertigt so den Genozid, Deutschland wäscht seine Hände in Unschuld und bestätigt die These vom „importierten Antisemitismus". Dies wurde durch eine breite Mehrheit im Bundestag mit den beiden Resolutionen zum sogenannten „Schutz des jüdischen Lebens" gefestigt.

Ich sehe, dass unsere Demokratie und unsere humanistische Gesellschaft in Gefahr sind. Mit euch hier müssen wir die Brandmauer neu definieren und neu errichten. Eine Brandmauer gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus. Nur unsere Brandmauer schützt die Völkerverständigung. Nie wieder gilt für alle!

Wir Palästinenser, die hier in Deutschland leben, sind ein aktiver Teil dieser

Gesellschaft, wir sind Schüler, Studierende, Fachangestellte, Therapeuten und Ärzte. Wir lassen es nicht zu, an den Rand der Gesellschaft geschoben zu werden.

Wir Palästinenser geben nie auf!

Wir sind ein Teil der Zivilgesellschaft. In Partnerschaftsvereinen sind wir solidarisch mit unseren Geschwistern in Ramallah und Bethlehem und geben ihnen eine Stimme, denn sie werden hier nicht gehört. Es sind in Deutschland – knapp vor der Wahl – nur zwei Parteien, die unseren Aufruf unterstützen, *Die Linke* und *MERA25*. Geschlossen sind wir gegen den Genozid, für Menschenrechte und vor allem gegen Waffenlieferungen an Israel – *jegliche* Waffenlieferungen.

Gemeinsam kämpfen wir hier um einen gerechten Frieden ohne Besatzung, denn Besatzung ist und bleibt das Ur-Problem aller Probleme in dieser Region. Meine Familie lebt in Israel, wir alle hier wissen ganz genau, mit Besatzung wird die israelische Gesellschaft keinen Frieden erreichen und niemals demokratisch werden und die Menschenwürde aller achten, das haben wir in der Geschichte einmal gelernt!

Am 23.02. gehen wir wählen und wählen die Richtigen – ich weiß, wen ich wähle!!!

Wie geht die Bundesregierung mit dem Problem Israel/Palästina um?

Dr. Mithu Sanyal

Herzlichen Glückwunsch, dass Sie, dass Ihr alle hier seid trotz der Kälte, aber vor allem trotz der Angriffe auf das Demonstrationsrecht, die wir zurzeit in Deutschland erleben. So hat der Vize-Chef der Polizeigewerkschaft, Manuel Ostermann, etwa im November gefordert Hunde ohne Maulkorb auf Demonstrierende zu hetzen (eine Aussage, gegen die Amnesty Deutschland eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichte). Und jetzt gerade hat die Polizei in Berlin eine Demonstration nicht gerade zimperlich aufgelöst, weil dort palästinensische Musik gespielt, Sprechchöre auf Arabisch angestimmt und eine Rede auf Hebräisch gehalten wurde. Das sind selbstredend keine Straftaten, aber ein BILD-Journalist (Iman Sefati) hatte behauptet, dass bei einer anderen (!) Demo auf Arabisch gefordert worden sie, Juden zu töten. Dafür gibt es keinen Beweis, aber auch wenn es einen gäbe, wäre in einem Rechtsstaat ausschließlich die Person, die diese Parole gerufen hätte, dafür haftbar, denn natürlich ist eine solche Parole entsetzlich und nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Es wurde aber nicht ermittelt, sondern die Polizei Berlin verbot stattdessen alle Sprachen bis auf Deutsch und Englisch auf Demos.

Das hat mich so erschüttert, dass ich dem WDR anbot, an meinem regelmäßigen Kommentarplatz darüber zu sprechen. Aber der WDR fand das Thema nicht wichtig genug. Warum nicht? Schließlich ist das Demonstrationsrecht eines der zentralen Rechte in einer Demokratie und darf nur in außergewöhnlichen Fällen eingeschränkt werden. Die Antwort ist, weil im Moment alle Demos, bei denen es in irgendeiner Form um Palästinenserinnen und Palästinenser geht, als Judenhassdemos geframed werden. Einfach so. Das ist nicht nur eine unzulässige Delegitimierung von Menschen, die sich für Frieden einsetzen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen. Dieses Framing sorgt auch dafür, dass jüdische Freund:innen von mir Angst haben, auf die Straße zu gehen, weil sie ständig in den Nachrichten hören, welche riesigen Judenhasserdemos es gegen sie gäbe. Und das darf doch nicht sein.

Vor allem, da gerade eine Studie der Universität Mannheim ergeben hat, dass der Vorwurf, im linken und universitären Umfeld sei Antisemitismus besonders verbreitet, nicht stimmt. Tatsächlich handelt es sich hier um die am wenigsten antisemitisch eingestellte Gruppe in Deutschland. Das steht in direktem Gegensatz zu dem, was uns gerade gesellschaftlich mitgeteilt wird. Wenn wir uns etwa die ganzen Bundestagsresolutionen zum Schutz Jüdischen Lebens in Deutschland anschauen, werden dort als Beispiel für Antisemitismus Palästina-Camps an Universitäten aufgeführt, nicht aber der antisemitische Terroranschlag in Halle. Der Blick richtet sich nach links und nicht nach rechts. Warum? Schließlich werden antisemitische Gewalttaten in der überwältigenden Mehrheit von rechts begangen.

Und überhaupt erreichten rechtsextreme Straftaten im letzten Jahr einen neuen Höchststand. Warum richten sich die Bundestagsresolutionen also nicht dagegen? Meine Antwort ist, weil die Anti-Antisemitismus-Debatte in Deutschland von rechten Akteuren gepuscht wird, die eine rechte Agenda durchsetzen wollen, bei der es keineswegs um den Schutz von Juden

und Jüdinnen geht. Belege für diese These: Sonst hätte die Bundesregierung auf den offenen Brief von jüdischen Intellektuellen reagieren müssen, die vor der „Nie wieder ist jetzt"-Bundestagsresolution gewarnt hatten, oder auf den offenen Brief von israelischen Menschenrechtsorganisationen, die ganz klar gemacht haben, dass diese Resolution die Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland nicht nur nicht schützt, sondern gefährdet; de facto!; Denn nachdem die Resolution angenommen wurde, stellte Deutschland erst einmal die Zusammenarbeit mit zwei israelischen Menschenrechtsorganisationen ein, weil diese ihre eigene Regierung kritisieren und das nicht mit der Bundestagsresolution zu vereinnahmen sei; was ist das für eine Bundestagsresolution, wenn die Zusammenarbeit mit israelischen Friedensaktivist:innen nicht mit ihr vereinbar ist? Außerdem hätte die Bundesregierung Antisemitismusforscher einladen müssen, an der Resolution mitzuwirken, um zu schauen, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Die Wissenschaftler:innen wurden aber außen vor gelassen.

Überhaupt werden im Namen des Kampfes gegen Antisemitismus überdurchschnittlich viele Veranstaltungen von Jüd:innen gecancelt. Gerade hat die Ludwig-Maximilians-Universität München eine Veranstaltung mit der UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, und dem israelischen Schriftsteller und Menschenrechtler Eyal Weizman abgesagt. Dito die FU Berlin, weil u.a. der CDU-Bürgermeister Kai Wegner und der Präsident der Deutsch Israelischen Gesellschaft Volker Beck behaupteten, es gäbe dabei ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko für jüdische Studierende. Das ist jedoch gelogen: An anderen europäischen Universitäten gab es kein Risiko bei Auftritten Albaneses. Doch wenn es um Israel-Palästina geht, wird der Politik erlaubt, die Wissenschaftsfreiheit zu untergraben.

Ein letztes Beispiel, weil ich ja nur fünf Minuten habe, ist die Berlinale, die gerade großen Angriffen ausgesetzt ist, weil sie sich eindeutig dem Kampf gegen Antisemitismus verpflichtet sieht, aber dafür aber nicht die umstrittene IHRA-Definition zugrunde legen will. Wer mehr darüber wissen möchte, was die Probleme mit dieser Definition von Antisemitismus sind, kann mich gerne gleich noch ansprechen. Letztes Jahr wurde direkt von einem Antisemitismus-Skandal auf der Berlinale gesprochen, weil der israelische Filmemacher Yuval Abraham und der palästinensische Filmemacher Basel Adra bei der Dankesrede für den Berliner Dokumentarfilmpreis für ihren Film „No Other Land" forderten, die Apartheit in Israel zu beenden. Auch letztes Jahr war Kai Wegner einer der größten Kritiker. Die Wogen schlugen so hoch, dass sich Claudia Roth, die an dem Abend mit im Publikum gewesen war, distanzierte und die häufig zitierten Worte sagte: sie habe nur für den israelischen Regisseur geklatscht und nicht für den palästinensischen. Das hat mich damals sehr getroffen, weil ich Claudia Roth sehr schätze, weil ich sie für einen integren Menschen halte. Sie hat ja zum Beispiel auch dieses wunderbare Papier zur multidirektionalen Erinnerungskultur vorgelegt, nach dem die deutsche Erinnerungskultur um die Erinnerung an den deutschen Kolonialismus und an die Opfer von rassistischem Terror erweitert werden sollte. Auch das musste sie auf Grund von öffentlichem Druck zurückziehen. Wie bitte: Empathie darf es für bestimmte Gruppen nicht geben? Und wenn ein so integrer Mensch wie Claudia Roth unter dem öffentlichen Druck einknickt, und zwar nicht

einmal, sondern wiederholt, dann sagt das eine Menge über das Ausmaß des Drucks aus. Und dann macht mir das ernsthafte Sorgen.

Das heißt, was wir hier verteidigen, ist nicht nur die Sicherheit für die Menschen in Palästina und Israel, sondern es ist auch die Demokratie in Deutschland.